

Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Hohndorf, Ködlig, Bernsdorf, Müsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienan, Neudorf, Ortmanndorf, Mülsen St. Nicola, St. Jacob, St. Micheln, Stangendorf, Thurm, Niedermülsen, Rabshnappel und Zirschheim

Amtsblatt für das Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Nr. 40.

Hauptinfektionsorgan im Amtsgerichtsbezirk.

69. Jahrgang

Dienstag, den 18. Februar

Verbreitetste Zeitung im Amtsgerichtsbezirk.

1919.

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, nachmittags für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Bezugspreis 3 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. 42 Pfg. — Einzelne Nummer 10 Pfg. — Bestellungen nehmen außer der Geschäftsstelle, Wilhelm-Str. 6b, alle Postanstalten Postboten, sowie die Hausbesorger entgegen. — Inserate werden die Samstagpolare Grundzettel mit 26, für auswärtige Besteller mit 30 Pfg. berechnet. — Retrospektive 60 Pfg. — Fernschreib-Anschluss Nr. 7. — Im amtlichen Zelle kostet die zweispaltige Zeile 75 Pfg., für Auswärtige 90 Pfg. — Telegramm-Adresse: Tageblatt.

Lichtenstein.

Gerstenmehl für Kinder von 1-2 Jahren Kindernährmittelskarte C Abschn. 2, 1 Pfd. 80 Pfg. Dienstag von 3-5 Uhr. Mittwoch von 3-5 Uhr für Kinder von 2-4 Jahren, Kindernährmittelskarte C Abschn. 2, 1 Pfd. 40 Pfg. und ein Päckchen Milchsuppe 40 Pfg. in der Milchküche.

Kartoffelverkauf.

Dienstag, den 18. Februar 1919. 10 Pfd. für 1,20 Mk. gegen Wochenkarte — Marke 9. — Nr. 1 bis 200 vorm. 8 bis 9 Uhr, Nr. 201 bis 500 vormittags 9 bis 10 Uhr, Nr. 501 bis 800 vorm. 10 bis 11 Uhr, Nr. 801 bis 1200 vorm. 11 bis 12 Uhr, Nr. 1201 bis 1500 nachm. 2 bis 3 Uhr, Nr. 1501 bis 1800 nachmittags 3 bis 4 Uhr, Nr. 1801 bis Schluß nachm. 4 bis 5 Uhr.

Der Ortsernährungsausschuss für Callenberg.

Bermehrten Holzabtrieb bei erhöhten Brennholzpreisen betreffend.

Bei der überaus großen Knappheit an Brennstoffen besteht bei der Bevölkerung ein dringender Bedarf nach reichlichem Brennholz.

Die unterzeichnete Kreishauptmannschaft fordert deshalb alle Gemeinden, Stiftungen und Privatpersonen, die im Besitze von schlagreifen Waldungen sind, dringend auf, durch schleunige Erhöhung des planmäßig niederzuliegenden Bestandes an ihrem Teile zur Abwendung des Notstandes mitzuwirken, zumal der frühere Mangel an Arbeitskräften gehoben und viel mehr Gelegenheit sein dürfte, bei vermehrtem Schlag auch weitere zur Zeit arbeitslose Personen einstellen zu können.

Um alle Schwierigkeiten, die einem solchen vermehrten Abtriebe deswegen entgegenstehen sollten, weil seit der Festsetzung der Höchstpreise vom 24. Mai 1918 die Arbeitslöhne und Gesehungs-kosten wesentlich gestiegen seien, hat die Kreisbrennholzstelle der unterzeichneten Kreishauptmannschaft beschlossen, die Preise für diejenigen Brennholzmengen, die über das Maß der Verordnung vom 30. März 1918 hinaus jetzt noch bereitgestellt werden, um weitere 50 Prozent, also im Ganzen um 100 Prozent über die in der Verordnung vom 30. März 1918 festgesetzten Grundpreise zu erhöhen. Der Preisberechnung ist mit dieser Maßgabe die Verordnung vom 24. Mai 1918 zugrunde zu legen. Die erhöhten Preise können nur gefordert werden, wenn der örtlich zuständige Lieferungsverband, dem die Pflichtlieferung f. St. diesesorts überwiesen worden ist, bestätigt, daß das Lieferungs-foll nach der Verordnung vom 30. März 1918 schon vor Bereitstellung der weiteren Lieferung erfüllt war.

Leipzig, den 11. Februar 1919.

Die Kreishauptmannschaft.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Die Reichsregierung wünscht, der „Deutschen Illg. Ztg.“ zufolge, die notwendigen Arbeiten der Rationalisierungsversammlung für Anfang April zu beenden, um, wenn nach Ostern noch einmal ein Zusammentritt nötig ist, sie in Berlin tagen zu lassen. Das auch für die späteren Tagungen im Volkshaus in Aussicht genommen ist.

* Wie aus zuverlässiger Quelle verlautet, wird demnächst ein neues Finanzprojekt des Reichsfinanzamtes veröffentlicht werden. In Aussicht genommen ist eine zehnprozentige Kapitalerwerbsteuer von allen Einkommen aus mobilem Vermögen, aus Wertpapieren, Hypotheken, persönlichen Darlehen. Neben dieser Steuer würden natürlich alle anderen Steuern, insbesondere auch die Vermögensabgabe, bestehen bleiben.

* Japan wird auf der Friedenskonferenz die Zurückholung der Kasenerfrage, d. h. eine volle geschliche Gleichstellung der gelben mit der weißen Rasse in den Vereinigten Staaten verlangen. Ein halbes Hundert politischer Vereine in Japan hat bereits eine diesbezügliche Adresse an Clemenceau gesandt.

* Das belgische Hauptquartier ist, Pariser Blättern zufolge, nach Aachen verlegt worden, wo es sich endgültig einrichten wird.

* In Berlin wurden 6 weitere Spartakistenführer verhaftet. Es war ein Aufsch auf das Noabiter Gefängnis zur Vernehmung Kadebs für Sonntag geplant und daran anschließend die Entwaffnung des Regiments Reinhardt sowie die Befreiung der Regierungs- und Zeitungsgebäude beabsichtigt.

* Das Regiment der Gardes du Corps ist aus der Ukraine in Potsdam eingetroffen und feierlich empfangen worden.

* Ein schweres Unglück ereignete sich auf den Schlesienschen Kohlen- und Kokswerken durch eine Explosion. Drei Arbeiter wurden sofort getötet, fünf andere starben auf dem Transport nach dem Knappschichtlazarett.

* Neuter zufolge fordert der frühere Vorkämpfer Herzog die Unabhängigkeit des Oranjestraates.

* Die „Post. Ztg.“ meldet, daß der Minister des Auswärtigen, Graf Brockdorff-Rantzau zurückgetreten sei. Die Meldung ist bisher nicht bestätigt.

* Die Republik Portugal ist wieder hergestellt, in England wächst die Aufbruchbewegung.

* In Nürnberg fanden gestern blutige Unruhen statt.

Die Verlängerung des Waffenstillstandes.

Trier, 15. Februar. Die Entente verlangt bei Verlängerung des Waffenstillstandes die Unterzeichnung des folgenden Zusatzabkommens:

1. Die Deutschen müssen alle Offensivbewegungen gegen die Polen aufheben und ihre Truppen über folgende Linie nicht überschreiten:

Von der russischen Grenze westlich Lützenfelde westlich Groß-Neudorf, südlich Brzozza, südlich Schubin, südlich Samotischin, südlich Chodciewen (Kosmar), nördlich Czarnikau, westlich Miala, westlich Bruchmann, westlich Bentschen, westlich Wollstein, nördlich Lissa, nördlich Wieruszow bis zur schlesischen Grenze.

2. Der Waffenstillstand wird für unbefristete Zeitdauer mit dreitägiger Kündigungsfrist verlängert.

3. Die Ausführung der früheren Waffenstillstandsbedingungen wird fortgesetzt und zum Abschluß geführt.

Um es sofort und eindeutig zu sagen: Diesem Vorschlag des Abkommens, auf Grund dessen wir uns bereit erklärt haben, Frieden zu schließen, darf die deutsche Regierung unter keinen Umständen zustimmen. Wir haben uns verpflichtet, im Osten unsere Truppen hinter die Grenzen von 1914 zurückzunehmen. Jetzt wird von uns verlangt, daß wir sie hinter eine Linie zurücknehmen, die die ganze Provinz Posen, bis auf einen schmalen Randstreifen, in dem die Städte Bromberg, Schneidemühl, Kosmar, Schwerin, Weferich, Bentschen, Frankstadt, Lissa, Rawitsch liegen, der polnischen Vandalenherrenschaft ausliefert. Wilsons 12. Punkt fordert für die Polen alles Gebiet, das von untreulich polnischer Bevölkerung bewohnt ist. Innerhalb jener Demarkationslinie ist, einschließlich der Hauptstadt Posen, noch sehr viel freies Land. Darum soll dies Gebiet den Polen zur ungetrübten Bearbeitung überantwortet werden. Was heute noch strittig ist, soll bis zum Friedensschluß unstrittig polonisiert sein. Daraus dürfen wir nun und nimmer willigen. „Wir haben uns bereit erklärt, alle ungewissheit polnischen Besiedlungsgebiete unseres Reiches mit dem polnischen Staate verbinden zu lassen. Wir wollen das Versprechen halten, welche Gebiete unter dem 13. Punkte von Wilsons Programm fallen, ist strittig. Eine unparteiische Instanz mag darüber entscheiden. Bis sie entschieden hat, schäden diese Gebiete zum Reiche. Niemand ist beunruhigt, in ihnen Hoheitsrechte auszuüben, als der preussische Staat und die Reichsregierung“. So erklärte Graf Brockdorff-Rantzau unter allseitiger Zustimmung am Freitag in der Nationalversammlung. Im Sinne

dieser Erklärung allein kann die Antwort der Reichsregierung ausfallen. Wollen Amerikaner, Engländer, Italiener dann die Verantwortung dafür übernehmen, daß, um der Nachsicht der Franzosen, um der Sabotage der Polen willen, der Kriegszustand auf unbestimmte Zeit hinaus verlängert werde, so mögen sie versuchen. Wir halten uns an das, was vereinbart ist.

Die Verhandlungen noch nicht abgebrochen.

Die Alarmmeldung aus Lenn, wonach die deutschen Delegierten aus Trier abgereist und die Verhandlungen unterbrochen seien, hat bisher keine Bestätigung gefunden.

Der Widerstand der deutschen Vertreter

Der Reichsminister Erzberger gab in seiner Rede bei den Waffenstillstandsverhandlungen einen Überblick über die ungeheuren Opfer, mit denen das deutsche Volk den Waffenstillstand und dessen bis herige Verlängerung erkauft mußte. Er richtete sodann einen dringenden und warmherzigen Appell auf sofortige Rückgabe der deutschen Kriegsgefangenen an die Verbündeten und setzte sich energisch ein für die Aufhebung der Verkehrsperre zwischen den links- und rechtsrheinischen Gebieten und für die Freilassung von Personen, die widerrechtlich wegen Ankaufs von maschinellen im Besitze der deutschen Seeresverwaltung gewesenem Geräte verhaftet worden sind. Dann erhob sich seine Ansprache zu einer scharfen Anklage gegen die Unterdrückung allen deutschen Wesens in Elsaß-Lothringen und gegen die Ermattung der polnischen Eroberungsgelüste durch den Verband. Er rief aus: Das deutsche Volk kann und wird sich nicht das Recht nehmen lassen, sich gegen freche Übergriffe der Polen auf seinem eigenen Gebiete mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu schützen. Wilsons Punkt 11 gibt den Verbündeten nicht das Recht, dem deutschen Volke die Abwehr solcher Übergriffe zu verbieten. Das Recht des deutschen Volkes auf den ungeschmälerten Besitz seiner Einheit im Rahmen der Wilsonschen Punkte und die Abwehr aller Angriffe auf diese Einheit bleibt ewig und unantastbar.

An das Gewissen Amerikas appellierte Erzberger, indem er, zum Schiffsahrts- und Lebensmittelabkommen überging. Wenn Amerika heute Deutschland ebenso beistünde, wie Deutschland vor 50 Jahren den Vereinigten Staaten, so könnte Amerika Lebensmittel und Rohstoffe gegen deutsche Anleihen geben und dadurch Deutschland helfen, sich herauszuarbeiten, und noch ein gutes Geschäft dabei machen. Das deutsche Volk kann nicht von den Forderungen leben, die man ihm gibt. Auch hier fordern wir endlich